

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtauschrift: Tageblatt Riesa.

Nummer Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Döbeln.

Postleitzettel: Dresden 150.

Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 205.

Donnerstag, 3. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewalt für das Entfernen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Hellseemeile 100 Gold-Pfennige; zettabender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Genehmigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versiegt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägliche Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstrecken - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Wittich, Riesa.

Der Entwurf des Reichsschulgesetzes.

Bevorstehende Neuregelung des Religionsunterrichts.

Wdg. Berlin. Das "B. T." ist in der Lage, schon jetzt aus dem neuen Entwurf des Reichsschulgesetzes, dessen Bekanntgabe unmittelbar bevorsteht, die wichtigsten Bestimmungen wiederzugeben.

Der Entwurf besteht aus 82 Paragraphen und ist in vier Abschnitte eingeteilt, denen eine ausführliche Begründung beigelegt wird.

§ 1 lautet: Unter Bekennnis im Sinne des Gesetzes ist ein Religionsbekennnis zu verstehen, zu dessen gemeinschaftlicher Pflege eine Religions-Gesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes besitzt.

§ 2 besagt, dass unter Weltanschauung im Sinne des Gesetzes eine Weltanschauung zu verstehen ist, zu deren gemeinschaftlicher Pflege eine Weltanschauungs-Gesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes besitzt.

Von besonderem Interesse ist § 5, worin es heißt, dass die Bekennnisschulen nach dem Bekennnis zu bezeichnen seien, für das sie bestimmt sind. Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekennnisschulen muss getragen sein von dem Geiste des Bekennnisses, für welches sie bestimmt sind. Im Lehrplan und Lehrmittel muss gebürtig Rücksicht auf das bekennnissmäßige Gepräge der Schule genommen werden.

Im Schulbetrieb sind die dem Bekennnis eigenen religiösen Neubungen und herkömmlichen Gebräuchen zu pflegen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religions-Gesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religions-Gesellschaft festzulegen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften widerspricht, ist erforderlich, dass der Unterricht auf der Bekennnisschule abzunehmen.

Die folgenden Paragraphen geben die Modalitäten an, auf Grund deren Bekennnisschulen zu errichten sind. Nach § 15 genügt in jedem Falle jeder Antrag, der 40 Unterschriften von Eltern oder Erziehungsberichtigen jüngstes Kindes trägt. Ein solcher Antrag kann jederzeit gestellt werden. Wird er abgelehnt, so darf er erst nach Ablauf von drei Jahren wiederholt werden.

Abschnitt 3 des Entwurfs beschäftigt sich mit der Handhabung des Religionsunterrichts in den Volksschulen. § 25 bestimmt, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Er ist in Übereinstimmung mit den Grundzügen der betreffenden Religionsgesellschaft unbedingtes Pflichtsrecht des Staates zu erteilen. Den Religions-Gesellschaften ist ausreichend Gelegenheit zu geben, auch durch Besuch des Religionsunterrichts durch besondere Beauftragte sich davon zu überzeugen, ob diesem Erfordernis entsprochen wird. Sollte eine Religions-Gesellschaft feststellen, dass das nicht geschieht, so hat sie das Recht, die Landesregierung zur Hilfe aufzufordern. Die Landesregierung ist dann verpflichtet, den gesetzlichen Erfordernissen in jeder Beziehung Geltung zu verschaffen.

In einem weiteren Paragraphen wird gesagt, dass die Länder die nötigen Vorbereitungen zu treffen haben, damit den Religionsunterricht erzielenden Lehrern und Lehrerinnen eine angemessene Ausbildung zuteil wird. Ferner sind in die örtlichen Schulverwaltungen, denen Volksschulen mit einem als ordentliches Lehrfach eingestellten Religionsunterricht unterstehen. Vertreter der in Frage kommenden Religions-Gesellschaften aufzunehmen und ihnen Sitz und Stimme zu erteilen.

Beginn der Völkerbundstagung in Genf.

Wdg. Genf. Die 25. Nationaltagung wurde gestern vormittag vom französischen Außenminister Briand ohne jeden Hinweis auf die Wichtigkeit gewisser Punkte der Tagordnung - wie die Mossulfrage, die Danziger Frage und die Sanierungsarbeiten betreffend Österreich und Ungarn - eröffnet. Wichtige Vorbereitungen der Delegationsführer haben dazu geführt, dass die Mossulfrage nicht bereits auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Völkerbundsrats gelegt wird. Der Rat genehmigte gestern vormittag debattiertlos und in rascher Folge die Berichte über die Vorarbeiten zur Schaffung einer internationalen Versicherung bei elementaren Katastrophen, über die Entsiedlung einer Untersuchungskommission in gewisse spannahmelierte Länder und über die Maßnahmen zur Abhängigkeit der Sklaverei. Die Frage der arabischen Minderheiten in Konstantinopel wurde auf Antrag des Berichterstatters Sühl-Japan auf die nächste Sitzung im kommenden Dezember verlegt. Entsprechend den vom Rat genehmigten Berichten wird sich die diesjährige Versammlung ebenfalls mit der Möglichkeit der Errichtung einer internationalen Versicherung gegen Naturkatastrophen sowie mit der Bekämpfung der Sklaverei befassen. Die nächste Sitzung ist auf Donnerstag vormittag anberaumt worden.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung erledigte der Völkerbundrat in nichtöffentlicher Sitzung eine Reihe von Verwaltungsvorlagen. Im Laufe des Nachmittags fanden vertrauliche Besprechungen der einzelnen Ratmitglieder statt. H. a. wird der belgische Außenminister Goblet d'Alviella, der bekanntlich an den Londoner Verhandlungen über den Sicherheitspakt nicht teilgenommen hat, mit Chamberlain eine eingehende Unterredung über diesen Gegenstand haben. Zur Mossulfrage wird von autorisierten örtlicher Seite erklärt, dass sie keinem Bevorrecht zwischen den eng-

lischen und türkischen Delegation statgekommen hat. Ebenso wenig habe die türkische Delegation Schritte unternommen, um die öffentliche Verhandlung der Mossulfrage um einige Tage zu verschieben. Von französischer Seite wird bekannt, dass Ministerpräsident Poincaré, der am Freitag den Vorsitz im Rat übernimmt, den Wunsch ausgesprochen hat, dass die Mossulfrage nicht unter seinem Vorsitz vom Rat behandelt werde. Es besteht daher die Möglichkeit, dass der Rat erst Mitte der nächsten Woche in die öffentliche Erörterung der Mossulfrage eintritt.

Wdg. Genf. Die österreichische Vertretung beim Völkerbund hat dem Generalsekretariat einen aus 12 Punkten bestehenden Vorschlag des Wiener Schriftstellers Dr. Siegmund Münn über die Einlegung eines besonderen Erziehungsdepartements beim Völkerbund überreicht. Nach diesem Vorschlag soll das fragliche Departement befugt sein, einen ethischen Wegweiser als internationales Fundament der Erziehung zu internationaler Eintracht zu schaffen. Der Völkerbund soll die Geschichtsbücher, die Jugendbücher, die Studentenschaften und die Zeitungen in Hinsicht auf mögliche Ausbreitungen des chauvinistischen Nationalismus kontrollieren. Außerdem wird es als empfehlenswert bezeichnet, eine Weltsprache über der Nationalssprache in allen dem Völkerbund angehörenden Völkern einzuführen.

Russisches Interesse für Genf?

Wdg. Berlin. Die ausländischen Pressemeldungen über eine angeblich bevorstehende Ankunft des russischen Außenministers Tschitscherin in Genf werden in der Berliner sowjet-russischen Presse keineswegs für unrichtig gehalten. Man gibt offen zu, dass die russische Sowjetregierung die gegenwärtigen Erörterungen unter den europäischen Großmächten mit großem Interesse verfolgt und dass daher die eine oder die andere führende Parteilichkeit der russischen Diplomatie die Gelegenheit wahrnehmen könnte, auf schweizerischem Boden mit europäischen Staatsmännern Bildung zu nehmen. Allerdings sei die ablehnende Einsicht Russlands gegenüber dem Völkerbund ganz unabänderlich, so dass das Interesse Russlands an den Genfer Besprechungen nicht etwa als eine Milderung der russischen Politik gegenüber dem Völkerbund ausgelegt werden dürfe.

Der Sturm auf Albucemos gescheitert.

Wdg. Genf. Die französischen Pressemeldungen über einen angeblich bevorstehenden Angriff des russischen Außenministers Tschitscherin in Genf werden in der Berliner sowjet-russischen Presse keineswegs für unrichtig gehalten. Man gibt offen zu, dass die russische Sowjetregierung die gegenwärtigen Erörterungen unter den europäischen Großmächten mit großem Interesse verfolgt und dass daher die eine oder die andere führende Parteilichkeit der russischen Diplomatie die Gelegenheit wahrnehmen könnte, auf schweizerischem Boden mit europäischen Staatsmännern Bildung zu nehmen. Allerdings sei die ablehnende Einsicht Russlands gegenüber dem Völkerbund ganz unabänderlich, so dass das Interesse Russlands an den Genfer Besprechungen nicht etwa als eine Milderung der russischen Politik gegenüber dem Völkerbund ausgelegt werden dürfe.

Stegerwald zur Lage.

Der Zentrumsführer Stegerwald weilt zur Zeit in München. Befürwortete Kreise knüpfen an diesen Aufenthalts Stegerwalds in der bayerischen Hauptstadt allerhand Vermutungen und Kombinationen über Einigungsvorhandlungen zwischen der bayerischen Volkspartei und der deutschen Zentrumspartei. Tatsächlich befindet sich Stegerwald in München um der Tagung des Zentralverbands christlicher Fabrik- und Transportarbeiter beizuhören. Hier hält er jedoch eine bedeutungsvolle politische Rede, in der er zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung nimmt, ohne jedoch auf den Austritt Dr. Wirths aus der Reichstagsfraktion des Zentrums namentlich einzugehen. Stegerwald schwärmt, wie man weiß, nicht für die Streit Monarchie oder Republik, denn er weiß wohl, dass durch diese Alternative die Einheit des Reiches in immer größere Gefahr gerät. Er ist bestrebt, die christlichen Gewerkschaften auf eine mittlere Linie festzulegen, an dem allgemeinen Wahlrecht festzuhalten und Verfassungänderungen nur auf geistlichem Wege durchzuführen zu lassen. Gegenwärtig hält er die republikanische Staatsform für die einzige mögliche. Nach seiner Überzeugung würden die Steuer- und Sorgelste nicht wesentlich anders als jetzt gestaltet werden sein, wenn die Sozialdemokraten in der Regierungstaalition geblieben hätten. Der Kampf um die Sozialtarife, der jetzt von den Sozialdemokraten in die Mainz getragen wird, ist nicht zu unterschätzen, doch wird er von diesen nicht von weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geführt, sondern mit rein innerpolitischer Einstellung und völlig wahrheitswidrig. Selbst der Sozialdemokrat Dr. Hilserding hat im handelspolitischen Ausschuss des Reichstags angegeben, dass autonome Holländische etwas anders sind, als die bei Handelsverträgen zu vereinbarenden Sätze, die tatsächlich die Preisgestaltung bestimmen. Deshalb ist auch die sozialdemokratische Agitation gegen die neue Holländische durchaus unwahrhaft.

Die Lage in Syrien.

Wdg. Paris. Havas meldet aus Marseille: Der amerikanische Konsul in Damaskus, der gestern abend mit dem Dampfer Corbillot hier eingetroffen ist, erklärte: Die Ruhe in Syrien ist wiederhergestellt. Damaskus ist niemals ernsthaft bedroht gewesen. Auch in Beirut herrscht Ruhe. Die dauernd eintretenden Verstärkungen werden es den Franzosen erlauben, in kurzer Zeit die Ordnung im Lande vollkommen wiederherzustellen.

Die Trauerfeier für Conrad v. Höxendorf.

Wdg. Wien. Gestern nachmittag fand unter Teilnahme großer militärischer Gepränge und ungemein zahlreicher Beteiligung der Wiener Bevölkerung die Trauerfeier für Feldmarschall Conrad von Höxendorf statt. In der Ausbahrungshalle des Militärfriedhofs hatten sich mit der Witwe und den Söhnen des Verstorbenen zahlreiche Trauergäste eingefunden, darunter der Sektionschef Voienthal in Vertretung des Bundespräsidenten, Heeresminister Bauguin, der Präsident des Nationalrats Miklas, der frühere Bundeskanzler Seipel mit zahlreichen christlich-sozialen Abgeordneten, ferner der Geschäftsträger Graf Dohnhoff, und der ungarische Geschäftsträger Alt, der Abgeordneten der deutschen Reichswehr und der ungarischen Armee, sowie General von Hülsen mit einer Abordnung des früheren 5. Garde-regiments, dessen Chef Höxendorf gewesen ist, und General Hofmann von der Obersten Heeresleitung im Kriege, ferner zahlreiche hohe Generale und andere Offiziere der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee und des jüngsten Bundesheeres. Nachdem von einem Bläserchor ein Choral gespielt war, wurde von dem Heeresdrost die feierliche Einführung der Leiche vorgenommen. Hierauf hielt Heeresminister Bauguin eine tiefempfundene Ansprache, in der er betonte, dass auch das Österreich von heute dem Verstorbenen großen Dank schulde, weil durch seine militärischen Maßnahmen das Land vor dem Einbringen feindlicher Armeen bewahrt geblieben sei. Der Bundesminister rührte die hohen persönlichen und militärischen Eigenschaften des Verstorbenen, dem nachzuleben die Wehrmacht der Republik feierlich gelobe. Nach ihm nahm der frühere Kriegsminister Crobatin namens der Offiziere der ehemaligen Armee in warmen Worten von seinem alten Kriegsgenossen Abschied. Er schilderte seine unermüdliche Arbeit zum Schutz der österreichischen Heimat, insbesondere die strategischen Maßnahmen im Laufe des Krieges und forderte unter Hinweis darauf, dass es in der Welt nie Frieden geben werde, die Jugend auf, sich nach dem Vorbild Höxendorfs zu erthülen, um jederzeit zur Verteidigung des Vaterlandes bereit zu sein.

Während des Vortrages eines Männerchores wurde dann der Sarg auf die am Schwarzenbergplatz aufgestellte Kutsche getragen, worauf sich der Beiseinzug unter Voranmarsch der Wiener Garnison über den von einem dichten Menschenpalter eingekreisten Ring nach dem Friedhof in Bewegung setzte. Beim Verlassen der Klingstraße nahm das Militär in der breiten Gabenberger Straße zur Ehrenparade Aufstellung. Als der Sarg hier vorbeifuhr, gab ein Bataillon die Ehrensalve ab, während die Musikk die Bundeshymne spielte.

General Reinke an der Babre Höxendorf.

Wdg. Wien. Der zu den Beiseinigungsfeierlichkeiten des Generals von Höxendorf mit einer Offiziersabordnung der deutschen Reichswehr hier eingetroffene Generalmajor Reinke legte im Auftrage des Reichswehrministeriums an der Babre Höxendorfs einen Krantz nieder; gestern vormittag legte der General namens des Reichspräsidenten ebenfalls einen prächtigen Krantz nieder, auf dessen Schleife die Worte: „In treuer Kameradschaft Hindenburg“ stehen.

Wieder ein französisches Kriegsgerichtsurteil.

Ein deutscher Hauptmann zum Tode verurteilt.

Wdg. Paris. Das Kriegsgericht von Nancy hat den deutschen Hauptmann Niemann im Übelbeleidungsverfahren zum Tode verurteilt. Hauptmann Niemann soll mit Revolverschlägen einen französischen Unteroffizier und zwei französische Soldaten, die während der Kämpfe in der Nähe von Thiancourt im September 1914 verwundet und gefangen genommen worden waren, getötet haben. Ferner wird er beschuldigt, Ende August 1914 in der Gegend von Bétertamps den Befehl zur Erziehung eines Civili gefangenengen gegeben zu haben.

Dr. Eckener wieder in Berlin.

Wdg. Berlin. Dr. Eckener ist gestern nachmittag um 2 Uhr in dem ihm vom Deutschen Aero-Lloyd zur Verfügung gestellten Sonderflugzeug D 729, das der Flieger Charlett steuerte, in dem Flughafen Tempelhofer Feld wohlbehalten aus Leipzig eingetroffen. Er wurde vom Direktor des Deutschen Aero-Lloyd und von mehreren Pressevertretern empfangen.

Dr. Eckener betonte unter anderem, dass der in einer heiligen Abendzeit gebrachte Urteil „Dr. Eckener gegen Amundsen“ nicht seine Aufführung widergebe. Obgleich er wisse, dass Amundsen deutlich eingestellt sei, habe er doch das Verbrechen, durch Zusammenarbeit die internationale Beziehungen zu bessern, statt zu verschlechtern.

Italienische Grenzverlegung.

Wdg. Wien. Nach einer Meldung des Landesgrenzbeamtenkommandos in Klagenfurt überbrückt gestern eine italienische Militäraufstellung von 180 Mann mit 20 Traglören unter Kommando eines Offiziers die Landesgrenze und marschierte, trotzdem sie auf die Grenzverlegung aufmerksam gemacht wurden und die Grenzsteine deutlich zu sehen waren, mit klingendem Spiel durch den Ort Madlern in Kärnten. Wie die amtliche Nachrichtstelle erfuhr, wurde die österreichische Gesandtschaft in Rom angewiesen, die nötigen Schritte zu unternehmen.